

**ecolo**

Belgique-Belgie  
P.P.  
4700 Eupen 1  
9/3212  
P J05185

Ausgabe 01/2011

vierteljährliche  
Erscheinungsweise

# ÖKOZEITUNG OSTBELGIEN

Mitteilungsblatt der  
ECOLO-Bewegung in Ostbelgien



30 Jahre ECOLO – Ein Grund zum Feiern

# Inhalt

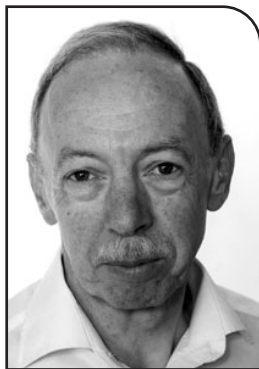
Leitwort.....	3
Die Feierlichkeiten am ECOLO-Hauptsitz Kegeljan in Namur 30 Jahre ökologische Politik in Belgien.....	4
Vortragsabend mit Pierre Reman in Nidrum Die Soziale Sicherheit steht vor großen Herausforderungen .....	6
Neues aus dem Senat Die ersten Schritte sind getan.....	8
Vorstellung Björn Marx Assistent für Claudia Niessen und Pressesprecher für ECOLO.....	9
Neues aus dem Wallonischen Parlament Die regionale Landwirtschaft im Jahr der Artenvielfalt fördern... ..	10
Neues aus dem Provinzialrat Spesenminderung für eine schwerfällige Verwaltung.....	11
Neues aus dem PDG Die letzten Monate im Überblick.....	12
Neues aus dem PDG Neue Lösungswege aus der Armut .....	13
Lokalgruppen Eupen & Kelmis Aktion zur Auffindung von Gehweghürden findet viel Zustimmung in der Bevölkerung .....	14
Lokalgruppe Eupen Arbeitsfrühstück zur Förderung des kulturellen Zusammenlebens.....	16
Lokalgruppe Lontzen ECOLO-Lontzen setzt striktere Auflagen für Fluxys durch .....	17
Lokalgruppe Eifel Start der Kampagne zum Thema Artenvielfalt.....	18
Sechs Mal jährlich frische Infos frei Haus Der neue ECOLO-Newsletter.....	19
Vorschau auf die kommenden Monate Was steht an?.....	20

Verantwortlicher Herausgeber:  
Björn Marx | Hufengasse 41 | 4700 Eupen | 087/56 17 00 | [www.ecolodg.be](http://www.ecolodg.be)

Redaktionelle Mitarbeit:  
Marlene Bongartz-Kaut, Franziska Franzen, Claire Guffens, Monique Kelleter, Sabine Mertes, Ludwig Recker,  
Claudia Schmitz, Josiane Schröder

## Leitwort

*Liebe Leserinnen und Leser der Ökozeitung!*



Ludwig Recker

Zu dem Zeitpunkt, an dem ich diese Zeilen schreibe, ist der königliche Schlichter Johan Vande Lanotte noch dabei, jene Elemente zusammenzutragen, auf denen die Basis für Verhandlungen zur Regierungsbildung gelegt werden könnten. Unser Land steht an einem Wendepunkt, und fünf Monate nach den Wahlen ist immer noch nicht deutlich, ob – und wenn ja – wie unser Belgien „die Kurve kriegt“. Neuwahlen, von denen schon gemunkelt wird, wären nach meinem persönlichen Dafürhalten das katastrophalste aller Drehbücher. Zu gegebener Zeit werden wir die Gelegenheit erhalten, auf das Thema Belgien zurückzukommen.

An dieser Stelle möchte ich das Stichwort „Wendepunkt“ aufgreifen und mit einem Blick über den belgischen Tellerrand hinaus auf die Themen hinweisen, die nicht zum ersten Mal, aber Ende 2009 und in 2010 wieder als Wendepunkte für unseren Planeten und seine Bewohner betrachtet werden mussten.

Zum einen die 15. UN-Klimakonferenz in Kopenhagen, deren Ausgang allgemein als Desaster bewertet werden kann. Hier bleibt zu hoffen, dass die Folgekonferenz in Cancún mindestens zu einer Vereinbarung mit spezifischen Zielen führt, der das Plenum zustimmt.

Zum anderen die 10. UN-Artenschutzkonferenz in Nagoya, deren Protokoll mit viel Lob bedacht worden ist. Nun gilt es für die Unterzeichner, die Mittel zur Verfügung zu stellen, damit die Maßnahmen konkret umgesetzt werden können.

Uns als Regionalsekretären ist es wichtig, dass die Regionalgruppe Ostbelgien den Schwerpunkt einiger ihrer kommenden Veranstaltungen auf diese globalen Problematiken legt, damit sie aktiv im Bewusstsein unserer Gesellschaft präsent bleiben.

Unser Einsatz für eine globale Solidarität, für eine gerechte Aufteilung der erwirtschafteten Gewinne, für die Energiewende und für den nachhaltigen Umgang mit dem Lebensraum Erde muss stetig sein.

Im Laufe des Jahres 2011 werden wir dann wieder auf die ebenso wichtige Ebene des „lokalen Geschehens“ zurückkehren, um gemeinsam mit den Lokalgruppen grüne Plattformen zu schaffen und Erfolg versprechende Projekte zu schnüren, die es uns möglich machen sollen, in einigen – in allen!? – ostbelgischen Gemeinden eine Wende herbei zu führen.

*Ludwig Recker  
Regionalsekretär*

## Die Feierlichkeiten am ECOLO-Hauptsitz Kegeljan in Namur 30 Jahre ökologische Politik in Belgien

30 Jahre Politik im Sinne der Nachhaltigkeit – die belgischen Grünen feierten am 25. September diesen runden Geburtstag gebührend im Kreise zahlreicher Mitglieder, Sympathisanten und hochrangiger Vertreter anderer Parteien.

Nachhaltigkeit bedeutet für ECOLO seit jeher eine zukunftsfähige Verbindung von ökologischer, sozialer und wirtschaftlicher Entwicklung – gründend auf einer basisdemokratischen Struktur, bei der möglichst viele Mitglieder in den Abstimmungsprozess zur Entwicklung und Orientierung der Partei miteinbezogen werden.

So befindet sich das Zentrum von ECOLO zwar in der Avenue de Marlagne 52 in Namur, doch war die Partei schon immer dahingehend aufgebaut, durch regionale Niederlassungen die Nähe zur Bevölkerung zu unterstreichen und somit dem Bürger einen leichteren und verständlicheren Zugang zur Politik zu ermöglichen. Dass sich diese Struktur in den letzten 30 Jahren professionalisiert hat, ist nicht zuletzt auf die gesellschaftlichen Herausforderungen zurückzuführen, denen sich unsere Partei seit Gründung 1980 und nach Beendigung des Kalten Krieges und der damit verbundenen politischen Gegebenheiten gegenüber sieht.

José Darras – Staatsminister und ECOLO-Gründungsmitglied der allerersten Stunde – wies bei der Haupt-

veranstaltung am Spätnachmittag darauf hin, dass die Geburt ECOLOs ein Produkt der politischen Krisen im Belgien der 1960er und -70er Jahre gewesen und es damals wie heute das Bestreben der Partei sei, durch die gleichmäßige Verteilung der Reichtümer die Macht im Volk zu positionieren und dadurch eine Beteiligung der Bevölkerung an politischer Entscheidungsfindung zu ermöglichen.



José Darras bei seiner Eröffnungsrede zum 30. Geburtstag von ECOLO

Dabei hat ECOLO jedoch nie den radikalistischen, die Bevölkerung verängstigen Weg eingeschlagen, sondern Maßnahmen ergriffen, die den Menschen die Bedeutung der Politik im Alltag klar machen. Im Anschluss an die Eröffnungsrede richtete sich die Parteispitze in Person der Co-Präsidentschaft Sarah Turine und Jean-Michel Javaux an das gefüllte Auditorium und stellte in Anwesenheit ihrer Amtskollegen Elio di Rupo (PS) und Joëlle Milquet (CDH), einer Delegation der flämischen Schwesterpartei Groen! sowie zahlreichen Pressevertretern die derzeitige Ausrichtung unseres Wirtschaftssystems in Frage. Denn obschon seit Beginn des ökonomischen Aufschwungs in den 1950er Jahren ein beinahe ungebremstes Wirtschaftswachstum in Zentraleuropa zu verzeichnen sei, habe sich die Arbeitsmarktsituation verschärft und die Konzentrierung der Reichtümer von unten nach oben kontinuierlich zugenommen.

Mit der Aufforderung zur permanenten Selbsthinterfragung aller politischen Instanzen und einem Plädoyer



Verschiedene Mandatare berichteten im Rahmen der „Table Ronde“ von ihren Erfahrungen als ECOLO-Mitglied

für Interkulturalität beschloss Jean-Michel Javaux seine Rede und öffnete den Vorhang für ein halbstündiges Filmdokument über den Werdegang der grünen Be-

wegung. Das Werk des Regisseurs Philippe Brewaeyts beleuchtete alle Stationen des ECOLO-Werdegangs - von den Pioniertagen in den 1980er Jahren über die Hochphase 1999 und die zwischenzeitliche Talfahrt 2003, bis zur Wiedererstarkung im Hier und Jetzt.



Das ECOLO-Archiv „Etopia“ ließ in einer umfangreichen Ausstellung 30 Jahre ECOLO Revue passieren

Der Film war nur eine der vielen Möglichkeiten, durch die sich die Besucher über die Geschichte der Partei informieren konnten. So glänzte das parteiinterne Archiv „Etopia“ mit einer umfangreichen Bilddokumentation aus 30 Jahren ECOLO und verschiedene ECOLO-Mandatare berichteten über persönliche Erfahrungen während ihrer Partei-Mitgliedschaft. Bevor in den gemütlichen Teil der Festlichkeiten übergegangen wurde, beschloss José Darras die Präsentation mit einem Aufruf an die nachfolgenden Generationen, indem er uns allen eine einzige zentrale Botschaft zukommen ließ: Macht noch mehr als wir gemacht haben, und macht es noch besser, als wir es gemacht haben!

Vortragsabend mit Pierre Reman in Nidrum

## Die Soziale Sicherheit steht vor großen Herausforderungen

Von Claudia Schmitz

**„Ist es sinnvoll die Soziale Sicherheit ganz oder teilweise an die Regionen oder Gemeinschaften zu übertragen?“, „Ist das System auch in Zukunft bezahlbar oder sollen Abstriche gemacht werden?“ – zu diesen Themen referierte der renommierte Wirtschaftswissenschaftler und Direktor der offenen Fakultät für Wirtschafts- und Sozialpolitik, Pierre Reman, im September auf der ECOLO-Regionalversammlung in Nidrum.**

Das belgische System der Sozialen Sicherheit ist aus der Arbeiterbewegung heraus entstanden und wurde den politischen und gesellschaftlichen Anforderungen entsprechend ständig weiter ausgebaut, so dass inzwischen nicht weniger als 25% des BIP dafür aufgewendet werden. Eine grundlegende Reform des Systems, in das die Belgier nach wie vor großes Vertrauen haben, war lange Zeit tabu – darin waren sich die Politiker und Sozialpartner dies- und jenseits der Sprachgrenze stets einig.

In der Wallonie größtenteils unbemerkt habe sich die flämische Bevölkerung jedoch seit den 80er Jahren diesbezüglich immer mehr mobilisiert, so Pierre Reman. Dabei wurden im Laufe der Zeit verschiedene Argumente für eine Regionalisierung und verstärkte regionale Verantwortung angeführt, die sich durchweg als gute Stammtischparolen eigneten, die jedoch teilweise entkräftet bzw. denen durch verstärkte Kontrolle entgegengewirkt werden konnte.

Der grundlegende Fehler der Argumentation ist jedoch, dass sich die Solidarität innerhalb der Sozialen Sicherheit weder in der Vergangenheit noch in der Zukunft zwischen Flamen und Wallonen abspielt, sondern vielmehr zwischen erwerbstätiger und

nicht-erwerbstätiger, alter und junger, kranker und gesunder,... Bevölkerung.

Sicherlich würde eine Regionalisierung der Sozialen Sicherheit u.a. eine eigenständigere Lohnpolitik der Regionen ermöglichen, weil die Löhne z.B. nicht mehr in der Paritätischen Kommission sondern pro Region festgelegt werden könnten, aber ob dies tatsächlich aufgrund niedrigerer Löhne Investoren in den Süden ziehen und nicht vielmehr zur Abwanderung der Arbeitnehmer in den besser bezahlenden Norden führen würde, ist keineswegs sicher. Die Folgen einer vollständigen oder teilweisen Regionalisierung müssen in jedem Fall eingehend untersucht werden und können eine große Gefahr darstellen, weil es viele Unwägbarkeiten gibt.

Unabhängig von der Regionalisierung ist der demographische Wandel die große Herausforderung für die Soziale Sicherheit, dem Belgien bisher noch kein schlüssiges Konzept entgegengestellt hat. Prinzipiell muss über einen anderen Finanzierungsschlüssel des Systems nachgedacht werden, welches derzeit zu 65% aus



Der renommierte Wirtschaftswissenschaftler Pierre Reman referierte auf Einladung von ECOLO zum Thema Soziale Sicherheit.

Beiträgen auf Arbeitsleistung gespeist werde. Angesichts der derzeit hohen Arbeitslosigkeit und den Wettbewerb schädigenden hohen Lohnkosten könnte durchaus über die Einführung einer allgemeinen Sozialabgabe aus Arbeits- und Kapitaleinkünften nachgedacht werden.

Die Ausschöpfung der gesamten beruflichen Karriere bis zum Erreichen des gesetzlichen Rentenalters müsse zudem unbedingtes Ziel sein, so Reman. Die Erfahrung habe gezeigt, dass eine frühe Verrentung eben nicht zu einem verstärkten Einsatz junger Arbeitskräfte führe, vielmehr sei die Jugendarbeitslosigkeit in den Ländern am niedrigsten, in denen am längsten gearbeitet werde. Ohne eine lange Beitragszeit breche das System über kurz oder lang zusammen.

Für mehr Gerechtigkeit würde auch eine Individualisierung der sozialen Rechte führen, die dem beruflichen Werdegang verstärkt Rechnung trägt bzw. den Ehepartnern die Möglichkeit gibt, für den nicht-berufstätigen Ehepartner ebenfalls Rechte aufzubauen. Das oft als beispielhaft angeführte skandinavische Modell ist zwar in der Krise von 2008 auch an seine Grenzen gestoßen, konnte jedoch durch seine äußerst aktive Beschäftigungspolitik schnell gegensteuern. Dies hat jedoch auch seinen Preis: dort arbeitet praktisch jeder bis 65 Jahre, das System hat eine sehr hohe Steuerlast zur Folge und Schwarzarbeit darf es in einem solchen System nicht geben.

Die ECOLO-Vertreter zeigten sich zufrieden angesichts der mit dem Redner größtenteils geteilten Forderungen und werteten die Einschätzung als Ansporn für weitere Bemühungen bei den Regierungsverhandlungen und der genauen Berechnung aller angedachten Lösungsvorschläge.

## Unsere Vertreter...



Bei den jüngsten Versammlungen wurden folgende Mitglieder in ihren Ämtern bestätigt:

### IM BUNDES RAT

effektiv



Myriam Ramjoie

Ersatz



Inga Werding



Ludwig Recker



Richard Vialas

### CONSEIL DE GESTION

effektiv



Nico Halmes

Ersatz



Freddy Mockel

## Neues aus dem Senat

# Die ersten Schritte sind getan...

***Aller Anfang ist schwer – besonders, wenn die Verhandlungen zur Bildung einer neuen Föderalregierung bereits mehrmals ins Stocken geraten sind und dadurch auch die Legislative handlungsunfähig bleibt. Senat und Kammer haben ihre Arbeit zwar bereits aufgenommen, doch bis auf den Plenarsitzungsbeginn, die Abhaltung verschiedener Ausschüsse und die Einarbeitung in deren Materie können derzeit keine konkreten Umsetzungen erfolgen.***

Das bedeutet jedoch nicht, dass es in Brüssel nichts zu tun gäbe, denn etliche ECOLO-Arbeitsgruppen haben bereits mit der Erörterung verschiedener Themen begonnen. Darunter die mögliche Übertragung des Justizwesens vom Föderalstaat an die Regionen bzw. Gemeinschaften – hier versucht Claudia, die Interessen der DG zu vertreten.

Sie und Franziska sind bereits mit ostbelgischen Vertretern des Fachbereichs Justiz zusammengekommen. Diese sind einer Übertragung nicht abgeneigt, gibt es doch viele alltägliche Rechtssituationen, in denen eine auf die Belange der DG zugeschnittene Organisation der Justiz im eigenen Gerichtsbezirk von Vorteil wäre. Dies nicht zuletzt vor dem Hintergrund des Sprachgebrauchs.

Die Senatsausschüsse, in denen Claudia als effektives Mitglied vertreten ist, sind die Kommissionen für „Innere Angelegenheiten“, „Europäische Fragen“ sowie „Auslandseinsätze der belgischen Armee“. Über die Kommission „Justiz“ hinaus ist sie noch Ersatzmitglied in den Ausschüssen „Außenpolitik und Verteidigung“ sowie „Verwaltung“.

Mehrere dieser Ausschüsse deckt die Problematik „Menschenrechte“ ab. Hier hat Claudia bereits zweimal interveniert. Zunächst wies sie den Senat auf die Kritik des Chefanklägers für das ehemalige Jugoslawien – den Eupener Serge Brammertz – hin, der eine Verminderung der serbischen Anstrengungen zur Ergreifung von Kriegsverbrechern bemerkt haben will. Brammertz

mahnte die EU an, das Einverständnis zu einem möglichen EU-Beitritt Serbiens nur an die Ergreifung der flüchtigen Ratko Mladic und Goran

Hadzic zu koppeln. Da die Nationalparlamente ihr Einverständnis zum Beitritt eines neuen EU-Landes geben müssen, ist hier die Verbindung zum belgischen Senat gegeben.

Weiterhin haben sich Vertreter der kolumbianischen Organisation CSPP an ECOLO im Allgemeinen und Claudia im Besonderen gewandt. Die Verletzung der Menschenrechte wird in Kolumbien auch von der neuen Regierung weiter voran getrieben. Die Menschenrechtlerin Carolina Rubio wendet sich an ein nationales europäisches Parlament, da die EU im Falle Kolumbien beide Augen zudrückt und über die Menschenrechtsverletzungen hinweg sieht.

Zu guter Letzt möchte Claudia im Ausschuss „Inneres“ zum Thema Datenschutz im Internet aktiv werden, dies in Zusammenarbeit mit ihrem Parlamentskollegen Eric Jadot. Ein Aufhänger ist unter anderem die Initiative „Street View“ des Internetkonzerns Google, die belgische Landkarte drei-dimensional und für jedermann abrufbar darzustellen. Hierzu ist Google mit den sogenannten „Streetcars“ seit einiger Zeit dabei, alle Häuser, Straßenzüge etc. fotografisch festzuhalten. Claudia hat bereits die Initiative ergriffen und mehrere Fragen formuliert, u.a. zum Thema Einspruchsrecht und automatische Verschleierung öffentlicher Einrichtungen durch Google selbst.

In all diesen Bereichen werden in den kommenden Monaten sicherlich interessante Entwicklungen stattfinden... wir bleiben am Ball!



## Vorstellung Björn Marx

# Assistent für Claudia Niessen und Pressesprecher für ECOLO

*Zur Unterstützung von Claudia nach ihrer Wahl in den Senat und zur Intensivierung der Presse- und Internetarbeit wurde Björn Marx Anfang des Monats September eingestellt.*

Als Pressesprecher übernimmt der 29-jährige Elsener die Aufgabenfelder externe Kommunikation und Darstellung, welche sich aus Pressearbeit, Aktualisierung und Strukturierung der Internetseite, Erstellung eines Newsletters und der Ökozeitung zusammensetzt.

Als Assistent von Claudia Niessen kümmert er sich um die Strukturierung des Tagesgeschehens, Sekretariatsarbeiten sowie Recherche- und Pressearbeit.

Björn hat im Jahre 2008 einen Bachelor-Abschluss der Studienrichtung „Public Relations“ in Lüttich erworben

und anschließend zwei Jahre in der Werbeabteilung des Grenz-Echos gearbeitet.

Darüber hinaus hat er sich für die Tageszeitung als freier Redakteur verdient gemacht.

In seiner Freizeit widmet sich Björn vor allen Dingen der Musik.

Britischer Rock und Punk sind nicht nur seine bevorzugten Stilrichtungen – er versucht auch, sie als Bassist in die Tat umzusetzen.



## Claudia Niessen weiterhin im Eupener Stadtrat

Mit großer Mehrheit unterstützte die Regionalversammlung den Antrag der Lokalgruppe Eupen, Claudia Niessen auch nach ihrer Wahl zur Senatorin die Möglichkeit einzuräumen, bis 2012 Mitglied des Eupener Stadtrates zu bleiben.

Somit könne die bisherige gute Oppositionsarbeit optimal weitergeführt und die Dossiers bestens betreut werden, lautet die Argumentation.

Ausschlaggebend war vor allem die Unsicherheit auf föderaler Ebene. So lange nicht feststehe, ob

überhaupt eine Regierung gebildet werden könne oder es zu Neuwahlen komme, sei es nicht möglich, sich auf ein Amt festzulegen. Die Zeit bis zu den nächsten Stadtratswahlen solle jedoch aktiv zum Aufbau eines neuen Teams genutzt werden.

Dem Antrag wurde am 15. Oktober vom ECOLO-Bundesrat stattgegeben.

## Neues aus dem Wallonischen Parlament

# Die regionale Landwirtschaft im Jahr der Artenvielfalt fördern...

Von Claire Guffens

**Als wallonische Abgeordnete und präsidierendes Mitglied des Landwirtschaftsausschusses steht die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) nach 2013 seit einigen Monaten ganz oben auf der „To do“-Liste von Monika Dethier-Neumann.**

Zuletzt hat sie dem wallonischen Landwirtschaftsminister Benoit Lutgen sowohl bei der Eröffnungssitzung des Wallonischen Parlaments am 22. September als auch bei der Plenarsitzung vom 24. November jeweils eine Aktualitätsfrage zur belgischen Position in Bezug auf die GAP-Reform gestellt. Weil die Entscheidung zur Reform im Rahmen des europäischen Landwirtschaftsrates Ende dieses Jahres hoffentlich fallen wird, ist es wichtig, dass ECOLO sich jetzt dazu positioniert und konstruktive Vorschläge für eine haltbare und nachhaltige Agrarpolitik macht. So hat Monika vor und während des Sommers an zahlreichen Konferenzen und Veranstaltungen zu dem Thema teilgenommen, sich mit verschiedenen Experten ausgetauscht und sich mit ihren grünen Kollegen im Wallonischen und Föderalen Parlament zusammengesetzt, um ihre Position klar zu definieren und konstruktive Verbesserungsvorschläge zu erarbeiten.

Für ECOLO ist eine grundlegende Reform der europäischen Agrarpolitik unbedingt erforderlich, um eine



nachhaltige Nahrungs- und Agrarpolitik, die den Grundbedürfnissen der Bevölkerung gerecht wird, zu gewährleisten. Dabei muss die reformierte GAP folgende Ziele erreichen: Eine allen zugängliche hochwer-

tige Nahrung herstellen; kleine landwirtschaftliche Betriebe aufrechterhalten und den Bauern faire Einkommen sichern; lokal herstellen und verbrauchen; Grundressourcen wie Wasser und Boden erhalten und die Vielfalt der Ökosysteme sowie der Pflanzen- und Tierarten schützen; den sozialen Zusammenhalt und das ländliche Erbe stärken; zur Nahrungssicherheit beitragen und die Landwirtschaft im Süden stärken.

Eng damit verbunden ist ein weiteres aktuelles Thema im Wallonischen Parlament, zu dem Monika ebenfalls sehr aktiv beiträgt: die genetisch veränderten Organismen (GMO). Hierzu fordert ECOLO, dass die Aufsicht über genetisch veränderte Organismen bei der Europäischen Union bleibt. Damit steht die Partei auf Seiten vieler Europäischer Bürger, deren Widerstand gegen genveränderte Nahrungsmittel immer stärker wird. Auch die Mitgliedsstaaten reagieren, indem eine klare Mehrheit – darunter auch Belgien – sich strikt gegen diesen Vorschlag der Kommission ausspricht.

Am 14. Oktober stand die Akte „GMO“ auf der Tagesordnung des Europäischen Umweltrates, und eine große Mehrheit der Landwirtschaftsminister hat sich gegen den Vorschlag der Europäischen Kommission ausgesprochen. Darunter auch der wallonische Umweltminister Philippe Henry (ECOLO), der es geschafft hat, seine Amtskollegen aus Brüssel-Hauptstadt und insbesondere Flandern für einen gemeinsamen Standpunkt Belgiens und gegen dieses Vorhaben der EU-Kommission zu überzeugen.

Somit wurde der definitive Beschluss vertagt. Monika und ihre Kollegen bleiben am Ball und werden weiterhin gegen eine mögliche Nationalisierung der GMO protestieren.

Neues aus dem Provinzialrat

## Minderung der Entschädigungen für eine schwerfällige Verwaltung

Von Marlene Bongartz-Kaut

**Nach meinem ersten Jahr als Mitglied des Provinzialrates stelle ich fest, dass die Arbeitsweise dieser Institution mit den schwerfälligen Stühlen, auf denen wir während der Ratssitzungen sitzen müssen, zu vergleichen ist. Sie stehen als Symbol für eine Einrichtung, die ständig dabei ist, sich selbst zu bestätigen um zu überleben.**

Derzeit steht eine Reform der Geschäftsordnung der Provinz an. Die beiden Fraktionen der Mehrheit (MR und PS) fühlen sich anscheinend nicht verpflichtet, die Abgabefrist Ende September einzuhalten. Es scheint dort Widerstände zu geben, das Thema ethischer Amtsführung schmeckt den Regierungsfractionen nicht.

Unsere Vorschläge zielen darauf ab, nur mehr dem Ratspräsidenten eine pauschale Entschädigung in der Hälfte des bisherigen Betrages (derzeit 29 624 €/Jahr) zu gewähren und diese darüber hinaus an eine Anwesenheit im Präsidium und in den Ausschüssen zu binden; die pauschalen Entschädigungen der vier Vizepräsidenten (1. Vize 22 218 €/Jahr, 2. – 4. Vize 3 555 €/Jahr plus Anwesenheitsgelder) und der zwei Sekretäre (1. Sekretär: 14 812 €/Jahr; 2. Sekretär 11 849 €/Jahr, 3.-4. Sekretär 3 555 €/Jahr plus Anwesenheitsgelder) abzuschaffen und nur an die Anwesenheit im Präsidium und in Ausschüssen zu binden, wie für jeden anderen Provinzialrat (5 902 €/Jahr). Ferner haben wir vorgeschlagen, nur der Präsidentin ein Dienstfahrzeug zur Verfügung zu stellen sowie lediglich die realen Kraftstoff- und Handyunkosten zu erstatten. Außerdem fordern wir einen leichteren Zugang zu den Dossiers in der Verwaltung, um dadurch die Transparenz und den Kommunikationsfluss zu erhöhen.

Während der kürzlich stattgefundenen Haushaltsdebatten haben wir folgende Abänderungsvorschläge eingereicht:

- ▶ Einführung einer Agenda 21 für alle Unterrichtseinrichtungen der Provinz;

- ▶ Umstellung des landwirtschaftlichen Forschungshofes von Jevoumont-Theux für die Anliegen der biologischen Landwirtschaft;

- ▶ Erstellung einer Kartographie für Windräder auf Ebene der Provinz;

- ▶ Förderung von Energiesparmaßnahmen neben dem Einsatz erneuerbarer Energien in den provinziellen Einrichtungen;

- ▶ Vergabe einer Prämie von 1000 € an ein Unternehmen, das eine innovative Technik im Einsparen von Energie entwickelt hat;

- ▶ Vergabe einer Prämie für den besten Beitrag zum Thema Klimaschutz in einer Endarbeit;

- ▶ Überarbeitung der Lastenhefte für das Essen in Schulrestaurants: mehr Nahrungsmittel aus biologischer und regionaler Landwirtschaft;

- ▶ Verteilen von Broschüren über die Bedeutung gesunder Ernährung in den Bussen der Vorsorgeuntersuchung;

Unser Vorschlag für die Vergabe einer Prämie für innovative Unternehmen im Energiesparbereich ist schon beim zuständigen Abgeordneten auf Interesse gestoßen. Warten wir ab, welche unserer Vorschläge in den jeweiligen Ausschüssen der nächsten Monate noch überzeugen können.



## Neues aus dem PDG

# Die letzten Monate im Überblick

Von Franziska Franzen

*In der letzten Ausgabe der Ökozeitung haben wir von unserem Resolutionsvorschlag berichtet, in dem wir eine Unvereinbarkeit zwischen Exekutivmandat einer Gemeinde und dem Mandat als Parlamentarier der DG fordern. Die Diskussionen im entsprechenden Ausschuss haben sich hingezogen und wurden auf Nebenschauplätzen geführt (man wollte damit eine mögliche Unvereinbarkeit für Parlamentarier, die beruflich in irgendeiner Weise von der DG abhängen, verbinden, z. Bsp. Lehrer). Schließlich wurde der Vorschlag mit Gegenstimmen von ProDG, SP und PFF und einer Enthaltung der CSP-Fraktion abgeschmettert. Nur Vivant hat unseren Vorschlag unterstützt.*

Es ist wahrscheinlich, dass der DG durch die Staatsreform die Kompetenz zugeschrieben wird, ihre Regeln für die Zusammensetzung des Parlamentes selbst festzulegen. Spätestens dann wollen wir das Thema wieder aufgreifen und einen konkreten Vorschlag im Parlament hinterlegen.

Das Thema „Armutsbekämpfung“ haben wir zu einem Schwerpunkt für dieses Arbeitsjahr gemacht. Weitere Informationen hierzu und zu unseren Zielen für die DG enthält der Artikel auf der nächsten Seite.

Roswitha Arens hat sich in die Themen Tourismus, Kultur, Sport, Erwachsenenbildung und Jugend eingearbeitet. Eines ihrer Themen ist der barrierefreie Tourismus (d. h. offen für Menschen mit einer Behinderung und mit angepasster Infrastruktur und angepassten Angeboten). Sie untersucht verschiedene Möglichkeiten für die DG und führt dazu Gespräche mit möglichen Partnern aus diesem Bereich.

Die Diskussionen zur Staatsreform halten uns seit dem Sommer im Atem. Einerseits sind wir in ständigem Kontakt mit den ECOLO-Verantwortlichen in Namur und verfolgen über diesen Weg die parteiinternen Überlegungen und die Entwicklung bei den Verhandlungen



in Brüssel. Ein spannender, aber vor allem auch zermürbender Prozess. Andererseits sind wir bemüht bei den vorgebrachten Pisten jeweils die Auswirkungen auf die Deutschsprachige Gemeinschaft abzuschätzen und entsprechend bei unseren Kollegen in Namur zu reagieren. Claudia Niessen als unsere ständige Vertreterin in Brüssel ist uns dabei eine wertvolle Unterstützung. Unsere Haltung geht dahin, dass die Deutschsprachige Gemeinschaft im Föderalstaat Belgien weiterhin einen unabhängigen Status haben muss, auf Augenhöhe mit den anderen Gliedstaaten.

Seit Sommer arbeiten Marc Niessen und Astrid Semaille für die Fraktion: Marc für die Themen Jugendpolitik, Weiterbildung und Beschäftigung, Astrid für Unterrichtsfragen. Sie teilen sich einen halben Stundenplan. Diese neue Energie erlaubt es uns, auch in diesen Themen pro-aktiv zu werden. Wir suchen den direkten Kontakt zu Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen, genau so wie zu Lehrern. Es geht darum, den Puls zu spüren, Meinungen einzuholen, die Erfahrungen vom Terrain mit unseren grünen Ideen zu konfrontieren und wenn nötig unsere Ideen der Realität noch besser anzupassen.

Jeder, der mit uns zu den DG-Themen zusammenarbeiten möchte, ist recht herzlich dazu eingeladen. Kontakt: [ecolo.ostbelgien@ecolo.be](mailto:ecolo.ostbelgien@ecolo.be) oder 087/56 17 00

Neues aus dem PDG

## Neue Lösungswege aus der Armut

**Armutsbekämpfung sollte auf aktiver Kommunikation und sich daraus ergebendem Verständnis zwischen Hilfeleistern und Bedürftigen aufbauen – diesem in Flandern seit geraumer Zeit populären Gedanken räumte die ECOLO-Fraktion im PDG am 18. Oktober im Europasaal des Ministeriums ein Forum ein.**

„Armutsbekämpfung – reden wir aneinander vorbei?“ lautete die Fragestellung, und zahlreiche Zuhörerinnen und Zuhörer hatten den Weg in die Gospertstraße 1 gefunden. Die eingeladenen flämischen Organisationen berichteten über ihren an der Basis verwurzelten Kampf gegen die Armut in ihrer Region. So stellte die Vereinigung „Samenlevinsopbouw Vlaanderen“ mit „Energie & Armut“ ihr Projekt zur Sensibilisierung in Energiefragen vor. Dieses involviert seit ca. zehn Jahren von der Gas-, Strom- oder Wasserversorgung abgeschnittene Bedürftige und streitet mit diesen für eine gerechtere Verteilung der Energieressourcen auf flämischem Boden. Diese Aufgabe hat besonders seit der Liberalisierung des Strommarktes, die in Belgien im Jahre 2003 eingeleitet und in 2007 abgeschlossen wurde, an Bedeutung hinzugewonnen. Denn das marktwirtschaftliche Aufleben des Energiesektors erfordert die Rentabilität der dort verzeichneten Unternehmen. Diesem Gesetz fallen naturgemäß zuerst die schwächsten Glieder der Gesellschaft zum Opfer. Im Falle einer zeitweiligen Zahlungsunfähigkeit beispielsweise, fordern manche Energieversorger dem Kunden bei Wiedereintritt in den Ressourcenkreis eine Kaution in dreifacher Höhe des monatlichen Beitrags ab – eine Summe, die aus ärmlichen Verhältnissen heraus nur schwerlich aufzutreiben ist.

Auch die zweite anwesende flämische Vereinigung „de link“ erläuterte, wie die von Armut betroffenen Bürger in die Auseinandersetzung mit ihrer Situation eingebunden werden können. Menschen, die seit frühester Kindheit von Mittellosigkeit betroffen sind, werden zu „Erfahrungsexperten“ ausgebildet und somit zu Multiplikatoren im Kampf gegen die Armut. Bei

„de link“ nehmen die begleitenden Sozialassistenten aktiv an der Lebenssituation der Armen teil und führen die angehenden Erfahrungsexperten parallel hierzu an die sozialen Normen der Mittelstandsgesellschaft heran. So entsteht das Verständnis für die jeweilige Situation des Gegenüber, fußend hierauf können gemeinsame Lösungswege aus der Armut gefunden werden.

Von bisher 80 ausgebildeten Erfahrungsexperten konnten 65 in die selbstständige Lebenshaltung entlassen werden – sie arbeiten nun für andere solidarisch ausgerichtete Organisationen, wie beispielsweise „kind en gezin“, die Öffentlichen Sozialhilfezentren in Flandern oder auch „Samenlevingsopbouw Vlaanderen“. Diese Prozesskette verdeutlicht, dass ein gemeinsames Eintreten für die homogene Verteilung des Kapitals in Flandern und ganz Belgien notwendig ist.

Dabei werden nun auch erste Anstrengungen unternommen, die sogenannten Erfahrungsexperten in marktwirtschaftlich arbeitenden Unternehmen einzusetzen, denn Solidarität verlangt die Beteiligung aller gesellschaftlichen Ebenen. Dem Abschluss des Abends war es daher natürlich zuträglich, dass ECOLO-Ostbelgien neben zahlreichen interessierten Privatpersonen auch Vertreter anderer politischer Strömungen begrüßen durften.



## Lokalgruppen Eupen & Kelmis

# Aktion zur Auffindung von Gehweghürden fand viel Zustimmung innerhalb der Bevölkerung

*Die zahlreichen Hindernisse und Hürden im öffentlichen Raum beider Gemeinden waren den ECOLO-Lokalgruppen in Eupen und Kelmis Anlass dazu, die Bürgerinnen und Bürger zur Auffindung von Problemstellen zu sensibilisieren und eine Bestandsaufnahme zu erstellen.*

Die „Woche der Mobilität“ im vergangenen September gab den Anstoß zu „Ohne Auto – unterwegs mit allen Schikanen.“ Bei dieser Aktion ging es darum, Schlaglöcher, Gehwegschäden, Manövrierhindernisse und weitere Schikanen im öffentlichen Raum auffindig zu machen, zu dokumentieren und den zuständigen Gemeindegemeindenkollegien eine diesbezügliche Bestandsaufnahme vorzulegen.

Nach einer Pressekonferenz, welche am Montag, den 13. September in der Raupe stattfand und einem daraus resultierenden Bevölkerungsauftrag über die Medien wurde die Aktion an den Markttagen des 15., 16. und 17. September in Eupen und Kelmis eingeläutet. Hier wurden die zahlreichen Marktbesucher zunächst durch die Simulation eines Hindernisparcours spielerisch



Bild 1: Bürgersteigparker

an die Problematik herangeführt, bevor die Hinweissammlung auf die schlimmsten Hürden im öffentlichen Raum beider Gemeinden gestartet und die Bevölkerung somit aktiv in die Spurensuche einbezogen wurde.

In über 120 Rückmeldungen machten die Einwohner der Gemeinde Eupen-Kettens nicht nur auf zahlreiche Hindernisse in ihrer Umgebung aufmerksam, sondern fügten ihrerseits auch praktische Lösungsvorschläge an. Denn viele der ausgemachten Problemzonen erfordern keine aufwendigen infrastrukturellen Maßnahmen, sondern könnten mit einigen Handgriffen aus der Welt geschafft werden. Die ECOLO-Lokalgruppe Eupen war erfreut über die große Resonanz seitens der Bürgerinnen und Bürger und stellte die eingereichten Resultate am 16. November dem Eupener Gemeinderat vor. Der komplette Bericht inklusive einer Fotostrecke kann unter <http://ecolodg.be/nc/eupen.html> eingesehen werden.

Zufrieden ist auch die Lokalgruppe aus Kelmis mit der Aufmerksamkeit, welche sie mit ihrer Marktaktion



Bild 2: Hufengasse

und der darauf folgenden Ortsbegehung verbuchen konnte. Die Resultate der Lokalgruppe waren zu Redaktionsschluss noch nicht fertig gestellt, werden aber nach Vorstellung im Gemeinderat ebenfalls auf [www.ecolodg.be](http://www.ecolodg.be) abrufbar sein.



Bild 3: Mangelhafter Gehweg



Bild 4: Bergstraße

Wir möchten auch weiterhin alle engagierten Bürgerinnen und Bürger dazu aufrufen, an der Hinweissammlung zu Hürden und Schikanen auf öffentlichen Gehwegen, in Fußgängerzonen und auf Straßenübergängen teilzunehmen, um den zahlreichen Fußgängern und Fahrradfahrern, aber besonders den in ihrer Mobilität eingeschränkten Mitmenschen wie Rollstuhlfahrern oder Personen mit Kinderwagen mehr Bewegungsfreiheit in Eupen und Kelmis einzuräumen.

Die folgenden Erläuterungen sind nur eine kleine Auswahl aus den Zuschriften, die ECOLO in den vergangenen Wochen erreichten.

► **Bild 1 „Bürgersteinparker“:**

Die Fußgänger sind aufgrund falsch geparkter Wagen dazu gezwungen, die Straße zu benutzen. Schade, dass dieses Verhalten besonders oft im Bereich von Schulen an den Tag gelegt wird.

► **Bild 2 „Hufengasse“:**

In der Hufengasse ist der freie Durchgang nach wie vor nicht möglich, ohne den Bürgersteig zu verlassen. ECOLO schlägt vor, den Bürgersteig und die Straße ebenerdig zu gestalten und die Pflastersteine zu entfernen.

► **Bild 3 „Mangelhafter Gehweg“:**

Die Fußgänger müssen aufgrund des katastrophalen Zustands des Bürgersteigs auf die Straße ausweichen.

► **Bild 4 „Bergstrasse“:**

Auch am Gipfel der Bergstraße stellt sich das Problem eines mangelhaft ausgebauten Gehwegs. Man wird durch die hervorstehende Mauer dazu veranlasst, die Straße zu begehen und mit der Gefahr eines entgegenkommenden Autos konfrontiert.

## Lokalgruppe Eupen

# Arbeitsfrühstück zur Förderung des kulturellen Zusammenlebens

Von Josiane Schröder

**Am Samstag, den 23. Oktober, organisierte die Lokalgruppe Eupen ein Arbeitsfrühstück zum Thema „Zusammenleben der Kulturen“. Dieses Thema beschäftigt die Lokalgruppe Eupen schon seit einigen Jahren. Aktuellen Bezug erreichte es wieder durch die Ankündigung zur Nutzung des Instituts Belle-Vue als Asylbewerberheim und seiner schlussendlichen Inbetriebnahme zu diesem Zweck.**

Es war uns ein Anliegen, mit vielen Menschen ins Gespräch zu kommen, um gemeinsam herauszufinden, wie wir ein positives Miteinander in Zukunft gestalten können.

Nach einem ersten Austausch, an dem ungefähr 60 Personen teilnahmen, fand am 23. Oktober ein Arbeitsfrühstück zum Thema „Integration... was heißt das eigentlich?“ statt. Hierbei wurden die gegenseitigen Erwartungen im Zusammenleben von Einheimischen und Zugezogenen erörtert.

Die Einleitung von Achim, der auf Ebene des Stadtrates auch Koordinator der Arbeitsgruppe für das Zusammenleben der Kulturen ist, behandelte das Thema aus den beiden verschiedenen Perspektiven. Es gibt einerseits die Sorgen der Einheimischen, dass die Verständigung schwieriger wird, die vertraute Stadt überfremdet ist und sich eventuell sogar Parallelgesellschaften bilden. Oder aber auch die Angst, dass Werte, die unserer Kultur fremd sind oder sogar unseren Gesetzen widersprechen, bei uns durchgesetzt werden.

Andererseits leben hier Zugezogene, die die hiesige Sprache sprechen, hier arbeiten und sich am gesellschaftlichen Leben beteiligen, doch gleichzeitig wichtige Teile ihrer Kultur pflegen möchten und sich irgendwie auch nicht richtig anerkannt fühlen..

Was bedeutet es für alle Beteiligten, sich zu integrieren? Und worin? Was ist den Einheimischen so wichtig,

dass es auf jeden Fall erhalten und respektiert werden soll? Was ist den Zugezogenen so wichtig, dass sie nicht darauf verzichten wollen? Wenn das alles in einem Film gezeigt würde, was müsste dann dort zu sehen sein?

Mit diesen Gedanken und Anregungen setzten die Teilnehmer sich während der Gesprächsgruppen auseinander. So entstand schnell ein lebhafter Austausch, denn die Erfahrungen der Anwesenden wichen sehr voneinander ab. Denn die Teilnehmer kommen aus so unterschiedlichen Ländern wie Armenien, Marokko, Russland, Albanien, Kroatien, Serbien, Georgien oder Italien – und jeder hat natürlich seine eigenen Vorstellungen vom Leben in der Fremde.

Zum Abschluss stellte jede Gruppe die verschiedenen Themen vor. Im Mittelpunkt stand dabei der gegenseitige Respekt. Es ging aber auch um Sprache, Anpassung, Regeln des Zusammenlebens, Umgangsformen, Erziehung, Wohnung, Religion und Kleidung. Auch der Wunsch, willkommen zu sein und gebraucht zu werden; die Möglichkeit, selbst für seinen Lebensunterhalt aufkommen zu können sowie eine freie Berufswahl und damit die Chance, auf eigene Faust etwas zu erreichen, wurden häufig geäußert.

Abschließend können wir sagen, dass es eine sehr gelungene Veranstaltung mit sehr interessierten und interessanten Teilnehmern war. Wir werden sehr bald über die Weiterführung des Themas entscheiden.

## Lokalgruppe Lontzen

# ECOLO-Lontzen setzt striktere Auflagen für Fluxys durch

Von Monique Kelleter

**Nachdem vor ca. 12 Jahren bereits die Gasleitung „RTR1“ (Raeren-Zeebrugge) durch das Gebiet der Gemeinde Lontzen verlegt wurde, hat der ECOLO-Minister Philippe Henry – zuständig für Umwelt, Raumordnung, Städtebau und Mobilität – am 17. Juni 2010 die Baugenehmigung für den Bau der Linie „RTR2“ erteilt.**

Diese zweite Pipeline verläuft quasi parallel zur ersten – dies auf einer Länge von 7,5 km durch die Gemeinde Lontzen. Bei der Verlegung der 1. Leitung ist es zu erheblichen Problemen hinsichtlich der Durchführung der Arbeiten gekommen. Die landwirtschaftlichen Folgeschäden sind bis heute nicht gänzlich behoben.



Damit es bei der Durchführung der Arbeiten zur zweiten Leitung nicht wieder zu vorhersehbaren Problemen kommt, hat Monique Kelleter als Mitglied der Raumordnungskommission der Gemeinde Lontzen die Einsetzung eines Begleitausschusses für unsere Gemeinde gefordert, was von allen Mitgliedern der KBRAM begrüßt wurde. Diese Forderung wurde dann von Monique und Marc Crützen nochmals im Gemeinderat wiederholt.

In der Genehmigung ist die Einsetzung eines regionalen Begleitausschusses vorgesehen – die Einsetzung eines lokalen Begleitausschusses für die Gemeinde Lontzen ist dabei unverbindlich. In Lontzen wurde der Begleitausschuss am 01. September 2010 eingesetzt und hat bisher drei Mal getagt. Außerdem hat eine Ortsbegehung mit Verantwortlichen der Fa Fluxys und der Fa Spac (Bauunternehmen) stattgefunden.

Was den Schutz der Bodenqualität angeht, hat Michael Dahlen, Mitglied der Lokalgruppe und betroffener Landwirt, dazu beigetragen, dass in der Baugenehmigung die notwendigen Vorkehrungen getroffen wurden. In der Gemeinderatssitzung vom 27.09.2010 haben wir als ECOLO-Fraktion mehr Transparenz gefordert.

Unter anderem wurden folgende Forderungen formuliert:

1. Die direkt und indirekt betroffenen BürgerInnen müssen erfahren, wer in diesem Begleitausschuss tagt und in welcher Funktion dies geschieht. Ihnen soll ebenfalls mitgeteilt werden, dass sie sich bei Problemen an diese Personen wenden können.
2. Die Sitzungsdaten des Begleitausschusses müssen bekannt gemacht werden.
3. Die vereinbarten Punkte während der Sitzungen des Begleitausschusses müssen in einem Protokoll festgehalten werden.

Die Mitglieder des Begleitausschusses sind im Einverständnis mit dem Gemeinderat Lontzen auf diese Forderungen eingegangen.

Wir sehen die Arbeit des Begleitausschusses als eine direkte Bürgerbeteiligung in einer Akte, die nicht alltäglich ist, uns jedoch auch nicht zum ersten Mal aufgezungen wird. Wir werden mit Argusaugen darauf achten, dass die Auflagen der Baugenehmigung eingehalten werden und unsere Absprachen mit Fluxys und der Fa Spac respektiert werden.

## Lokalgruppe Eifel

# Start der Kampagne zum Thema Artenvielfalt



*Im Rahmen der Kampagne zur Artenvielfalt möchte die ECOLO-Lokalgruppe Eifel in mehreren Etappen die Dringlichkeit zum Schutz der Artenvielfalt unterstreichen. Am Freitag, den 29. Oktober, fand mit der Vorführung des*

*Dokumentarfilms „David gegen Monsanto“ im Kino Corso die erste Etappe unserer Aktion statt.*

Zum Inhalt: Der kanadische Landwirt Percy Schmeiser stellt sich dem US-amerikanischen Saatgutmulti Monsanto entschlossen entgegen, als dieser ihn aufgrund angeblich widerrechtlicher Nutzung patentierter, genmanipulierter Samen vor Gericht zerrt. Nach fast zehnjährigem Kampf gewinnt Schmeiser den Rechtsstreit gegen den milliardenschweren agronomischen Konzern. Streitpunkt waren genveränderte Rapspflanzen, für die Monsanto das Patent besaß, und die ohne Wissen von Schmeiser auf seinem Land wuchsen.

Im Kontext zur Artenvielfalt steht dieser exemplarische Prozess in Hinsicht auf die Dezimierung natürlicher Arten durch genmanipulierte Pflanzen. Paul Bongartz erläuterte zu Beginn der Vorstellung die Notwendigkeit eines Umdenkens in Bezug auf die Artenvielfalt. Denn das Aussterben zahlreicher Tiere und Pflanzen hat auch in unseren Breitengraden bereits begonnen. Als Beispiel sind auf Wallonischem Boden 39 gefährdete von insgesamt 106 Vogelarten aufzuführen; von 30 Hummelarten sind bis dato sechs komplett verschwunden. Daher besteht auch bei uns akuter Handlungsbedarf.

Gefahr geht von genmanipulierten Pflanzen in erster Linie dadurch aus, dass ihre Verbreitung nach einmaliger Aussaat nicht mehr kontrollierbar ist. So konnte Greenpeace ein Jahr nach der Aussaat von genmanipuliertem Mais in Flandern auf Nachbarfeldern genveränderte Pflanzen nachweisen. Weiterhin drängt die angewandte Terminator-Technologie, welche zur Wie-

deraussaat ungeeignet ist, die Landwirte in ein Abhängigkeitsverhältnis zu multinationalen Firmen wie Monsanto. Dieser internationalen Saatgutlobby zufolge dämmt ihre Forschung den Welthunger ein. Das Gegenteil ist jedoch der Fall, wie die Untersuchungen der Vereinten Nationen belegen. So sind die oft von Lobbyisten hinweggefegten Bedenken zur Konsumentensicherheit ebenso besorgniserregend wie eine unmögliche Koexistenz von genmanipulierten und naturbelassenen Pflanzen.

Denn Gentechnologie basiert auf interkontinentalen Verteilerstrukturen und Agrarpolitik, welche den Erhalt von Alternativen wie Bio- oder familiärer Landwirtschaft unterbindet. Um die weitere Ausbreitung genmanipulierter Lebensmittel zu verhindern, ist es notwendig, dass die Verbraucher offen gegen diese neue Form von Umweltverschmutzung vorgehen. Dies kann auf offizieller Ebene geschehen, indem beispielsweise die Europäische Union nach Einreichung einer Petition ein Thema behandelt, oder ganz praktisch, indem wir unsere Ernährung auf Produkte aus regionalem Handel oder gar dem eigenen Garten umstellen.

Zu diesem Abend konnte die ECOLO-Lokalgruppe Eifel über 80 interessierte Gäste im Kino Corso in St. Vith begrüßen; darunter zahlreiche Vertreter aus der hiesigen Landwirtschaft, die auch über die Filmvorführung hinaus noch lange angeregt über das Thema Biodiversität diskutierten. Dieses Interesse und die daraus resultierenden Diskussionen dienen als Basis für weitere Aktionen zum Thema Artenvielfalt.

Die kommende Veranstaltung zu diesem Thema unter dem Motto „Kein Land aus Milch und Honig – sterben unsere heimischen Honigbienen aus?“ wird – in Zusammenarbeit mit dem deutschen Bienenbiologen Dr. Christoph Otten als Referenten – kurz nach Redaktionsschluss der vorliegenden Ausgabe der Ökozeitung abgehalten sein. Auch in 2011 wird sich die ECOLO-Lokalgruppe Eifel dem Thema Artenvielfalt in all seinen Facetten widmen.

## Der neue ECOLO Newsletter

**Ab Januar 2011 wird unsere Regionalgruppe zur Informationsvermittlung auf die Dienste eines Newsletter-Systems zurückgreifen.**

Der Newsletter wird zweimonatlich erscheinen und inhaltlich auf die wichtigsten Themen der vergangenen Wochen verweisen sowie künftige Neuigkeiten und Aktionen ankündigen.

Technisch ist er so gestaltet, dass alle Beiträge kurz angeschnitten und dann über einem Link auf den Volltext, der sich auf [www.ecologd.be](http://www.ecologd.be) befindet, verwiesen wird.



Der Newsletter wird in seiner ersten Fassung an alle eingetragenen Mitglieder gesendet. Wer diesen Dienst nicht in Anspruch nehmen möchte, der kann sich über eine angefügte Schaltfläche abmelden.

Der Newsletter soll auch eine umweltfreundliche Alternative zur Ökozeitung sein. Diese wird weiterhin halbjährlich erscheinen.

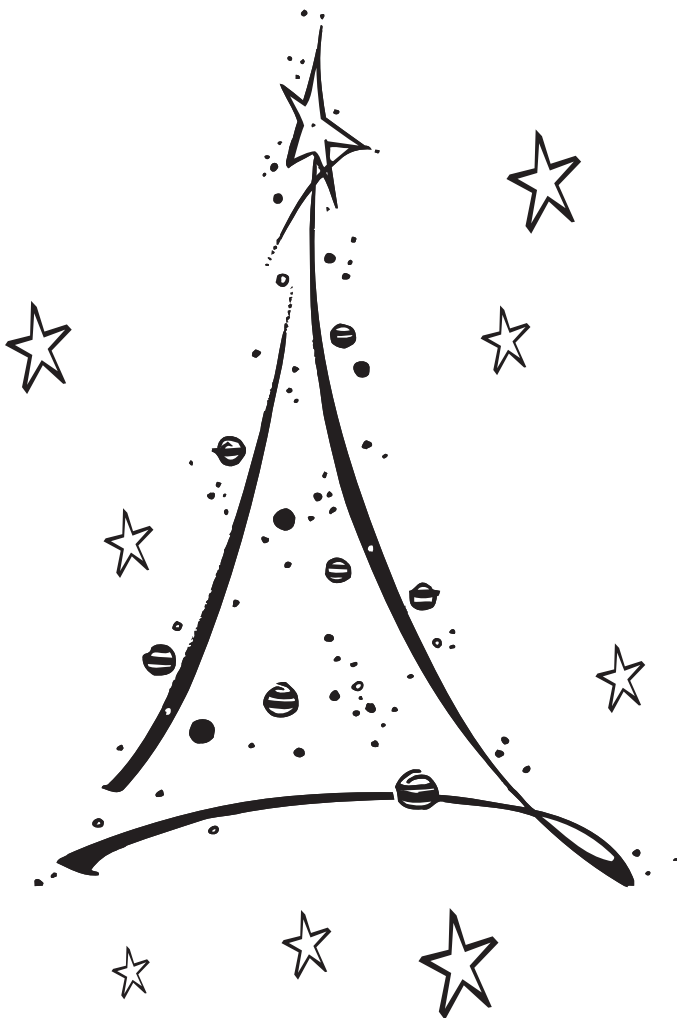
Im erhofften gegenteiligen Fall ist es selbstverständlich auch möglich, den Newsletter über [www.ecologd.be](http://www.ecologd.be) zu abonnieren.

Darüber hinaus ist die Regionalgruppe Ostbelgien seit einigen Monaten auch im sozialen Netzwerk „Facebook“ vertreten. Jeder, der hier eingetragen ist, „ECOLO Ostbelgien“ über das Suchfeld findet und dann auf „gefällt mir“ klickt, bekommt alle neuen Informationen, die den Weg auf unsere Webseite finden – der einfachste Weg, permanent über Aktionen, Stellungnahmen und politische Entscheidungen auf dem Laufenden zu bleiben!





*ECOLO-Ostbelgien wünscht allen Mitgliedern und Sympathisanten ein fröhliches Weihnachtsfest und einen guten Start ins neue Jahr!*



Und auch 2011 organisieren wir den etwas anderen Neujahrsempfang!



Am 16.01.2011 lädt ECOLO-Ostbelgien zum Familientag der besonderen Art ein: eine Wanderung rund um Herresbach, einem ruhigen und schönen Eifeldorf gelegen im Ourtal.

Hierzu treffen wir uns um 14.00 Uhr im Café-Restaurant „OnKnoll“ (gegenüber der Kirche).

Die Teilnehmer aus dem Norden werden um 12.45 Uhr am Werthplatz abgeholt und per Bus über das Hohe Venn gebracht.

Nach der Wanderung kehren wir dann bei „OnKnoll“ ein und lassen uns kulinarisch verwöhnen. Wie auch in den Vorjahren, wird ECOLO-Ostbelgien einen Teil der Kosten übernehmen.

Näheres teilen wir Euch in einer persönlichen Einladung mit oder findet Ihr ab dem 20. Dezember auf unserer Webseite [www.ecolodg.be](http://www.ecolodg.be).

Bitte merkt Euch diesen Termin schon jetzt vor, damit wir gemeinsam Rückblick auf das vergangene und Vorschau auf das kommende Jahr halten können.

Herzliche Einladung an Euch alle !

